

30/1988

Vom Bundesausschuß einstimmig gebilligt

Die Rente der Zukunft

Dank an Norbert Blüm

Einstimmig hat der CDU-Bundesausschuß, das höchste Entscheidungsgremium zwischen den Parteitagen, am Montag, dem 26. September 1988, in Bonn dem vom CDU-Bundesvorstand vorgelegten Konzept zur Rentenstrukturreform zugestimmt und damit Bundesarbeitsminister Norbert Blüm (CDU) den Rücken gestärkt. Nach längerer und teilweise kontroverser, aber ohne Schärfen geführter Diskussion stimmten auch diejenigen zu, die den Antrag zuvor kritisiert hatten.

Bundeskanzler Helmut Kohl kündigte vor dem Bundesausschuß der CDU an, die Regierung werde bis Ende des Jahres einen entsprechenden Gesetzentwurf im Parlament einbringen.

Mit der Reform soll den Problemen begegnet werden, die daraus entstehen, daß in den nächsten Jahrzehnten immer weniger Beitragszahler für immer mehr Renten aufkommen müssen.

Zugleich sieht das Konzept vor, die Rentenansprüche von Frauen, die Kinder erziehen, und von Personen, die pflegebedürftige Familienangehörige betreuen, besser abzusichern.

Zu diesem Zweck sollen für die Kindererziehung künftig drei Jahre statt bisher ein Jahr „rentenbegründend und rentenerhöhend“ angerechnet werden.

Für die in der häuslichen Pflege Tätigen sollen die Bedingungen zur Zahlung von Rentenversicherungsbeiträgen verbessert und weitere Maßnahmen zur Sicherstellung angemessener Renten angestrebt werden.

HEUTE AKTUELL

● Bundesausschuß

Redebeiträge von Heiner Geißler, Norbert Blüm und Helmut Kohl. Seite 3—18

● Senioren-Union

Helmut Kohl lobt die bisher geleistete Arbeit. Seite 19

● DGB-Aktionswoche

Helmut Kohl übt scharfe Kritik an der Aktionswoche der Gewerkschaften. Seite 20

Rudolf Seiters, 1. parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, schreibt in einem Brief an DGB-Chef Ernst Breit: Die Gewerkschaften schaden sich mit ihrer Agitation selbst. Seite 21

● Dokumentation

Der Beschuß des Bundesausschusses der CDU vom 26. September 1988 zur Rentenstrukturreform und „Für eine Gesellschaft mit menschlichem Gesicht“ (Fortsetzung vom 36. Bundesparteitag in Wiesbaden). Grüner Teil

Ein großer Erfolg für die Frauen

Im Anschluß an die Sitzung des Bundesausschusses der CDU erklärt die Bundesvorsitzende der Frauen-Union, Rita Süssmuth: Der Beschuß des Bundesausschusses bedeutet einen Durchbruch bei der Alterssicherung für Frauen und Mütter durch die bevorstehende Rentenreform. Die Reform der Alterssicherung sieht folgende wichtige Veränderungen für Frauen vor:

- Bis zu zehn Jahren werden Kindererziehung und Pflegeleistung bei der Anerkennung beitragsloser Zeiten berücksichtigt.
- Die Einführung der Gesamtleistungsbewertung darf nicht zu einer Benachteiligung von Frauen führen.
- Pro Kind werden künftig mit drei Erziehungsjahren die Erziehungsleistungen von Müttern oder Vätern in die Alterssicherung einbezogen. Diese Regelung gilt für alle, die bereits Erziehungs geld in Anspruch genommen haben.
- Auch die Pflegezeiten sind im Rahmen

der Rentenversicherung anzuerkennen. Dies ist durch die stufenweise Anerkennung von rentenbegründenden und rentensteigernden Pflegejahren für ehrenamtlich geleistete Pflege zu verwirklichen.

Mit diesen Verbesserungen für Frauen bei der Alterssicherung werden weitreichende Benachteiligungen abgebaut. Es ist ein großer Erfolg für die Frauen in der CDU, daß die Leistungen der Frauen bei der Erziehung der Kinder und bei der Pflege bedürftiger Angehöriger endlich Anerkennung finden und damit eine eigene Alterssicherung für Frauen aufgebaut werden kann.

Nächster Parteitag in Bremen

Der nächste Parteitag der CDU wird im September kommenden Jahres in Bremen stattfinden. Der Parteitag wird vom 10. bis 13. September 1989 in der Hansestadt und damit zum erstenmal in Bremen tagen.

„Der Sache nicht angemessen“

Bundeskanzler Helmut Kohl erklärte gegenüber dem Deutschen Fernsehen (ARD) zur aktuellen Diskussion um das Gnadenrecht des Bundespräsidenten:

„Ich kann nur sagen, ich halte es für einen schweren Fehler und halte es der Sache nicht angemessen, über das Gnadenrecht eine öffentliche Diskussion dieser Art zu führen, und zwar von jeder Seite. Das Gnadenrecht ist ja ein wirklich wichtiger Ertrag unserer Rechtskultur von der Antike und vom Christentum zutiefst geprägt, es ist ein sehr personales Recht, auch vom Gnadenherrn her gesehen.“

Ich selbst habe meine Erfahrungen als Ministerpräsident in vielen Jahren gesammelt und ich kann nur wünschen, daß die Diskussion so schnell wie möglich aufhört.

Ich glaube es ist richtig, daß man, wenn man einen Gnadenakt ausspricht, und dies ist ja eine Erfahrung, die alle Ministerpräsidenten seit Gründung der Bundesrepublik gemacht haben, auch sich sehr persönlich darum kümmern muß.“

Heiner Geißler:

Die Renten bleiben sicher

Generalsekretär Heiner Geißler eröffnete die Generalaussprache und erinnerte daran, daß die leistungsbezogene Rente Bestandteil der Sozialen Marktwirtschaft sei. Kein Rentner brauche verunsichert zu sein, die Strukturreform werde dafür sorgen, daß die Renten auch über das Jahr 2000 hinaus sicher seien. Nachfolgend die Rede von Heiner Geißler im Wortlaut:

Die Union hat in ihrer Geschichte seit 1949 zweimal die absolute Mehrheit errungen, einmal 1957 mit Konrad Adenauer, dann 1983 — bei den Erststimmen — mit Helmut Kohl. Ich mache auf diese beiden Bundestagswahlentscheidungen aufmerksam. 1957 standen eben nicht nur unsere Außenpolitik, unsere Bindung an den Westen, der Eintritt in die NATO, Europa und vieles andere mit zur Entscheidung, sondern auch das, was wir heute zu Recht als ein Jahrhundertwerk der Sozialgeschichte bezeichnen können, nämlich die große Rentenreform mit der bruttolohnbezogenen dynamischen Rente.

Wir haben auch die Bundestagswahl 1983 und auch die 1987 mit der Überschrift „Die Renten bleiben sicher“ geführt. Heute, in einer veränderten Situation und angesichts veränderter Zukunftsperspektiven, ist es unsere Aufgabe, uns Gedanken darüber zu machen, wie dieses große Jahrhundertwerk unserer Sozialgeschichte, um das uns auch die anderen Industrienationen beneiden, unter veränderten Bedingungen fortgeführt werden kann.

Der Begriff der Rentenreform, der leistungsbezogenen Rente, ist untrennbar mit dem Namen der Christlich Demokra-

tischen Union verbunden. Ich glaube, daß es deswegen richtig ist, daß die Christlich Demokratische Union, als die Partei der Rentenreform 1957, als Partei, die mit Bundeskanzler Helmut Kohl und Arbeitsminister Norbert Blüm die Renten sicher gemacht hat, während des Prozesses der Meinungsbildung und bevor die Rentenstrukturreform in die parlamentarische Beratung kommt, klar sagt, was sie für richtig hält.

Weil wir die leistungsbezogene Rente als einen elementaren Bestandteil der Sozialen Marktwirtschaft ansehen, muß die Rente auch in Zukunft leistungsbezogenen bleiben. Die Rente ist kein Gnaden geschenk des Staates und darf auch in der Zukunft kein Gnaden geschenk sein, sondern muß Alterslohn für Lebensleistung bleiben.

Die Rentner müssen sich nicht dadurch verunsichert fühlen, daß wir jetzt über die langfristige Sicherung der Renten diskutieren. Im Gegenteil, durch diese Strukturreform wollen wir dafür sorgen, daß die Renten über das Jahr 2000 hinaus sicher bleiben. Das wird keine ganz einfache Aufgabe sein, und alle müssen ihren Beitrag dazu leisten, die Steuerzahler, die Beitragszahler, aber auch die Rentner selber. Weil damit auch Einschränkungen und Opfer verbunden sind, ist es von besonderer Bedeutung, daß wir der Bevölkerung, auch den Rentnerinnen und Rentnern, den Sinn dessen klarmachen, was wir wollen.

Die Bevölkerung wird Einschränkungen und Opfern zustimmen, wenn zwei wichtige Voraussetzungen erfüllt sind:

1. Die Menschen müssen den Sinn dessen, war wir tun, verstehen, und ein solches Reformwerk darf nicht in sich widersprüchlich sein.

2. Die Menschen müssen die Gewißheit haben, daß es gerecht zugeht.

Natürlich müssen auch die ökonomischen Daten stimmen. Wir operieren hier nicht im luftleeren Raum, sondern innerhalb einer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung der drittgrößten Industrienation der Welt. Deswegen muß das alles eine solide Basis haben.

Aber eine zusätzliche Voraussetzung muß auch erfüllt sein: Derjenige, der an erster Stelle die Verantwortung für die Durchführung dieser Reform, und nicht nur dieser, sondern auch der Gesundheitsstrukturreform trägt, über die wir heute nachmittag in der Bundestagsfraktion reden werden, der Arbeitsminister, unser Freund Norbert Blüm, der sich in die Reihe der bedeutenden Arbeits- und Sozialminister der Christlich Demokratischen Union einreih't, der — genauso wie damals Anton Storch — die Hauptverantwortung für den Inhalt und die Durchsetzung dieser Reform trägt, braucht genauso, wie es damals 1957 notwendig war, die Unterstützung seiner Partei, der Christlich Demokratischen Union. Ich möchte an dieser Stelle sagen: Lieber Norbert, über Einzelheiten werden wir nachher diskutieren, aber ich glaube — und dies hat auch die Sitzung des Bundesvorstandes am letzten Freitag gezeigt —, in den grundsätzlichen Entscheidungen der Rentenstrukturreform kannst du dich auf die Christlich Demokratische Union verlassen.

Eines sollte ich hinzufügen, weil ein wichtiger Bestandteil dieser Rentenstrukturreform hinsichtlich der zusätzlichen Vorschläge, die der Bundesvorstand gemacht hat, auch in die **Gesundheitsstrukturreform** hinüberreicht. Diese Reform steht nicht unter der Überschrift des quantitativen Ausbaus oder des quantitativen Abbaus unseres Sozialstaats, sondern, wie wir es auf dem Bundesparteitag in Wiesbaden miteinander erörtert

haben, unter der Überschrift „**Umbau unseres Sozialstaates**“. Die Konzeption lautet: 14 Milliarden DM Einsparungen, davon 7 Milliarden für die Beitragsstabilisierung und — dies ist der Umbau — 7 Milliarden zur Lösung einer neuen, großen sozialen Aufgabe, nämlich des Problems der **Pflegebedürftigkeit**. Dies geschieht ohne Erhöhung der Gesamtleistung. Gerade weil dies ein Kernstück auch der Reformen dieser Legislaturperiode ist, möchte ich darauf hinweisen, daß der Arbeitsminister für die Durchsetzung dieser Reform, über die heute nachmittag die Fraktion diskutiert, genauso die Unterstützung der CDU braucht. Die Absicherung des Pflegerisikos ist eine in unserem sozialen Sicherungssystem noch nicht gelöste Frage. Sie gewinnt im Zusammenhang mit dem Anstieg der Hochbetagten in unserer Gesellschaft immer größere Bedeutung. **Mehr Menschlichkeit im Bereich der Pflege ist ein Kernstück der Reformen dieser Legislaturperiode, auch dafür braucht der Arbeitsminister die Unterstützung der CDU.**

Gekennzeichnet ist die Dimension dieser Aufgabe auf der einen Seite durch die Notwendigkeit, die Sozialkosten zu senken, wenn der Wirtschaftsstandort Bundesrepublik Deutschland auch in der Zukunft stabil bleiben soll, und auf der anderen Seite durch die Notwendigkeit, das neue, große Problem der Pflegebedürftigkeit zu lösen. Angesichts dieser großen Herausforderungen wird mir zu viel von persönlichen Betroffenheiten geredet. Viele in dieser Republik reden ständig über ihre persönliche Betroffenheit und halten das für ganz besonders wichtig. Zahnärzte und Gewerkschaften, die Pharmaindustrie und die Taxifahrer, die Arbeitgeber, Ärzteverbände und Bestattungsunternehmer, alle äußern ihre persönliche Betroffenheit. **Mir wäre es**

lieber, wenn in der Bundesrepublik Deutschland einmal etwas weniger über persönliche Betroffenheit und dafür mehr über die Sorge um das Allgemeinwohl geredet werden würde!

Jedenfalls wird diese Gesundheitsstrukturreform genauso wie die Rentenreform eine Nagelprobe dafür sein, ob die Politik insgesamt, besonders aber, ob die CDU als größte Regierungspartei die dafür notwendige Kraft besitzt, in diesem und im kommenden Jahrzehnt bis in die 90er Jahre hinein, das Allgemeinwohl durchzusetzen und zu beweisen, daß wir nicht die Spielbälle derjenigen Gruppen sind, die über genügend Droh- und Störpotentiale verfügen, um die Politik in ihrem Sinn zu beeinflussen.

In der Rentenreform stehen wir vor einer entscheidenden Weichenstellung. Als die Rentenreform 1957 verabschiedet wurde, war sie — ich habe es gesagt — ganz sicher ein großes Jahrhundertwerk unserer Sozialgeschichte. Aber wenn man sich einmal die Geschichte der Rentenreform ansieht, weiß man auch, daß die Väter der Rentenreform damals gewünscht haben, daß eben nicht nur die Leistung, die im Arbeitsleben vom einzelnen erbracht wird und nicht nur die Zahl der Versicherungsjahre bei der Errechnung der Rente als Alterslohn für die Lebensleistung eine Rolle spielen sollten; vielmehr haben die Väter der Rentenreform — Schreiber, Professor Nell-Breuning und andere — schon damals darauf hingewiesen, daß die Rente nicht losgelöst von der Frage diskutiert werden kann: Wie viele Beitragszahler wird es in der Zukunft im Verhältnis zu denen geben, die Rente beziehen? Deswegen wollten schon damals bei der ursprünglichen Konzeption viele die Frage des Generationenvertrages sozusagen in die Rentenformel eingebaut haben. Es ist damals anders entschieden worden, auch weil

man gesagt hat: Das Problem des Generationenvertrages, die Frage der Förderung der Familie und des Zusammenhangs zwischen Kindern und Rentnern lösen wir dadurch, daß wir als christliche Demokraten den Familienlastenausgleich ausbauen. Damals kam z. B. zum erstenmal der Gedanke der Dynamisierung des Kindergeldes auf. Wir alle wissen, daß dies eine richtige Konzeption war. Im Wettbewerb mit anderen, auch notwendigen Staatsausgaben ist es jedoch nicht zu einer regelmäßigen Anpassung, z. B. des Kindergeldes, gekommen. Infolgedessen konnte der Zusammenhang mit der Rente nicht in dem Umfang gewahrt werden, wie es von den Vätern der Rentenreform ursprünglich gesehen worden ist.

Daraus ist das eigentliche Problem entstanden, auf Grund dessen wir heute diese Rentenstrukturreform anpacken müssen. **Es ist die Tatsache, daß immer mehr Rentner immer weniger Kinder gegenüberstehen. Die Kinder müssen später als Beitragszahler das Bruttosozialprodukt erarbeiten, aus dem heraus dann im Umlageverfahren die Renten bezahlt werden.**

Weil dies die eigentliche Ursache für die Rentenstrukturreform ist, sind wir der Meinung: Wenn diese Rentenstrukturreform den Menschen in sich schlüssig und überzeugend vermittelt werden soll — das ist das Ergebnis der Bundesvorstandssitzung gewesen, und das ist der Inhalt des Antrages, den Sie auf dem Tisch liegen haben —, muß diese Rentenstrukturreform nicht nur rentenpolitisch ökonomisch sinnvoll abgesichert, sondern gleichzeitig familien- und kinderfreundlich sein. Mit anderen Worten, wir müssen in dieser Rentenstrukturreform dafür sorgen, daß diejenigen, die die Verantwortung für Kinder haben, auch in der Zukunft dann, wenn sie sich für die Arbeit in der Familie und für die Erziehung von Kindern entscheiden, durch die

neue Rentenstrukturreform nicht behindert, sondern eher darin ermuntert werden, diese neue Arbeit zu übernehmen. Das ist ein ganz wichtiger Gesichtspunkt.

Es ist im Zusammenhang mit der Perspektive unserer Rentenreform gesagt worden: Es muß Vorsorge dafür getroffen werden, daß diese Rentenstrukturreform auch über das Jahr 2010 hinaus Bestand hat; denn — so wird argumentiert — die Überalterung nimmt ab dem Zeitpunkt stark zu. Das ist richtig. Aber wir sind einer solchen Entwicklung nicht hilflos ausgeliefert. **Gehandelt werden muß, um dieses Problem zu lösen, nicht im Jahre 2010, sondern handeln müssen wir heute.** Wie viele Beitragszahler es im Jahre 2010 oder im Jahre 2015 geben wird, hängt davon ab, ob diese Beitragszahler jetzt, im Jahre 1988 oder im Jahre 1989, auf die Welt kommen. Deswegen kann die Verantwortung hinsichtlich der Frage des Verhältnisses von Rentnern zu Beitragszahlern nicht bis zu den Jahren nach 2000 verschoben werden, sondern wir müssen diese Entscheidungen heute treffen. Wenn es im Jahre 2020 nicht genügend Beitragszahler gibt, kann dies auch damit zusammenhängen, daß wir, die wir heute die Verantwortung tragen, die Dinge nicht richtig gesehen und z. B. nicht dafür Sorge getragen haben, daß politische Rahmenbedingungen geschaffen werden, die dazu führen, daß wir in der Bundesrepublik Deutschland ein kinder- und familienfreundliches Klima haben. So jedenfalls, wie sie jetzt ist, kann die Situation nicht bleiben.

Wir haben im Jahre 1986 zwar eine Reihe von wichtigen Weichenstellungen vorgenommen, aber es ist heute nach wie vor im Prinzip so, wie wir es immer schon beklagt haben: Ein kinderloses Ehepaar hat die Chance, das ganze Leben hindurch ein doppeltes Einkommen zu erzielen, und hat am Lebensende, im Alter

eine doppelte Rente. Das Ehepaar nebenan mit drei Kindern hat demgegenüber ein Einkommen, am Lebensende eine Rente, zieht aber mit diesem einen Einkommen drei Kinder auf, die dann später das Bruttosozialprodukt erarbeiten, aus dem die doppelte Rente des kinderlosen Ehepaars finanziert wird. Das ist ein unhaltbarer Zustand.

Der Bundesvorstand schlägt Ihnen deshalb vor, daß neben den Strukturelementen, die in den einzelnen Ziffern 1 bis 6 aufgezählt sind, in einer Ziffer 7 familienpolitische Komponenten beschlossen werden, die diesem Übelstand abhelfen und dafür sorgen, daß diese Rentenstrukturreform die Renten stabilisiert, aber gleichzeitig auch die Zukunft nicht aus dem Auge verliert, d. h. die Rentenversicherung modernisiert wird. Deswegen schlagen wir vor — ich nenne jetzt nur den wichtigsten Punkt —, daß für die Zukunft neben dem jetzt schon vorhandenen Kindererziehungsjahr, das seit 1986 eingeführt worden ist, zwei weitere Erziehungsjahre anerkannt werden, angebunden an die Zahlung des Erziehungsgeldes; das ist ein wichtiger Zusammenhang. Das bedeutet, daß wir durch eine Fortsetzung der Weichenstellung, die wir im Jahre 1986 vorgenommen haben, auch eine kontinuierliche Verknüpfung und Verbindung der Renten- und der Familienpolitik gewährleisten.

Ein weiterer Gesichtspunkt wird eingeführt: Wir machen den Vorschlag, daß auch Jahre, die von Arbeitnehmerinnen oder Arbeitnehmern dadurch erbracht werden, daß sie pflegebedürftige Angehörige versorgen, in der Rentenversicherung Berücksichtigung finden, indem für diese Jahre Beiträge gezahlt werden. Lothar Späth hat schon auf der letzten Sitzung des Bundesparteiausschusses auf diesen inneren Zusammenhang hingewiesen. Ich mache auf den ökonomischen Aspekt aufmerksam und nenne ein Beispiel: Eine

40jährige Arbeitnehmerin, die eine pflegebedürftige Mutter zu Hause pflegt, unterbricht häufig nicht nur ihre berufliche Tätigkeit, sondern — und das ist für sie möglicherweise viel gravierender — sie unterbricht ihre Rentenbiographie und verliert möglicherweise dadurch ihre Anwartschaften auf eine eigene Rente. Auf jeden Fall verliert sie wichtige Jahre, die für die Höhe ihrer Rente von Bedeutung sind.

Wenn diese Frau nicht zu Hause bliebe, was würde dann möglicherweise mit der Großmutter passieren? Sie würde im Alterspflegeheim oder im Altersheim leben müssen, wo dann pro Bett und Pflegetag 200 bis 250 DM bezahlt werden müßten. Wir christlichen Demokraten sagen jedoch, daß es nicht nur humaner ist, die Großmutter in den vertrauten vier Wänden zu versorgen, sondern gleichzeitig auch ökonomischer. Der pflegenden Tochter jedoch, die ihre Berufstätigkeit unterbrochen hat, müssen wir als Minimum garantieren, daß sie keine nennenswerte Unterbrechung ihrer Rentenbiographie erfährt, d. h. daß die Pflegejahre in ihrer Rentenversicherung berücksichtigt werden.

Ich mache deshalb auf den ökonomischen Sinn einer solchen Maßnahme aufmerksam. Wir wollen die Renten stabilisieren und gleichzeitig modernisieren.

Ich will zum Schluß noch eine Bemerkung machen. Ich habe gestern in der „Welt am Sonntag“ gelesen — und ich habe mir die Unterlagen auch geben lassen —, daß der Deutsche Gewerkschaftsbund Mitte Oktober eine große Oktoberaktion gegen den Bundeskanzler und gegen die Bundesregierung starten will. Ernst Breit, der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes, hat mitten in diesen Diskussionen über die lebenswichtigen Fragen der Rentenreform und der Gesundheitsstrukturreform nichts ande-

reres zu tun, als in einer Rede anlässlich der Ankündigung dieser ganzen Aktion zu sagen, die Bundesregierung und der Bundeskanzler wollten unser Sozialgebäude zum Einsturz bringen.

Angesichts der Tatsache, daß wir uns darum bemühen, daß die Renten sicher bleiben, möchte ich einmal die Frage stellen, ob der DGB bei dieser Aktionswoche auch darüber informiert, was wir uns im Moment zur Sicherung der Renten von 12 Millionen älteren Mitbürgerinnen und Mitbürgern überlegen und welche Konzepte wir haben. Ich stelle die Frage, ob der DGB in dieser Aktionswoche auch bereit ist, neben seiner Aussage, „das Sozialgebäude zum Einsturz zu bringen“, auch darüber informiert, daß wir in der Bundesrepublik Deutschland die niedrigsten Preise, die höchsten Löhne, den längsten Urlaub haben, daß wir die Renten sichern; und auch über die Tatsache, daß die Deutsche Bundesbank festgestellt hat, in den letzten zwei Jahren seien die real verfügbaren Einkommen der Rentnerinnen und der Rentner um 8 %, also pro Jahr um je 4 % gestiegen, und im kommenden Jahr könnten wir mit einer realen Steigerung der Renten, aber auch der Löhne von ungefähr 3,5 % rechnen.

Dürfen wir darauf hoffen, daß der Deutsche Gewerkschaftsbund die Rentnerinnen und Rentner, die Arbeitnehmerinnen und die Arbeitnehmer über diese unbestweifelbaren Fakten informiert? Nein, läßt alle Hoffnung fahren. Diese Leute werden sich auch durch Fakten ihre Vorurteile nicht nehmen lassen. Leider müssen wir das sagen.

Wir fordern den Deutschen Gewerkschaftsbund noch einmal auf, daß er sich, wenn er solche Aktionswochen durchführt — und dagegen ist nichts einzuwenden —, als Interessenwahrer der Arbeitnehmer und nicht als Interessenwahrer einer bestimmten politischen Partei versteht.

Norbert Blüm:

Umbau – nicht Abbau

Norbert Blüm, der in der Debatte mehrfach das Wort ergriff, sprach sich vor allem gegen das Konzept einer Grundrente aus. In der Rentenversicherung müsse das Leistungsprinzip seinen Platz haben. Sein Einführungssreferat hatte folgenden Wortlaut:

Die Rentenreform wird von der Bevölkerung mit großer Aufmerksamkeit verfolgt. Das ist gut so, das entspricht der Bedeutung der Reform. 83 % der Bevölkerung halten sie für wichtig oder sogar für sehr wichtig. Die Rentenversicherung hat es nicht mit Augenblicksfragen zu tun. Mit der Rente sind Lebensplanungen verknüpft. Das beinhaltet für uns eine große Verantwortung für die Rente, für diese Reform. Die Rentenversicherung muß auf zwei Veränderungen antworten.

Erstens. Die Bevölkerung nimmt ab.

Zweitens. Die Menschen leben länger. Das erste ist traurig, das zweite erfreulich.

Zwei Bedingungen, so meine ich, sind unverzichtbar: erstens die Sicherheit der Renten und zweitens das Vertrauen in die Rentenpolitik. Die Sicherheit verlangt Weiterentwicklung der Rentenversicherung. Aus Sicherheitsgründen müssen wir reformieren.

Sicher ist ein anderes Wort für solide. Ich bin ganz sicher, daß sich die ältere Generation, vor die Frage gestellt, ob sie sichere Renten, aber dafür kleinere Rentenerhöhungen oder hohe Rentenerhöhungen, aber übermorgen Unsicherheit bevorzugen, für Solidität und Sicherheit entscheiden wird.

Zum zweiten: Vertrauen. Vertrauen verlangt Verlässlichkeit. Versprechen müssen

gehalten werden. Wer ein Wort gegeben hat, muß dazu stehen. Unser Rentenwort haben wir — CDU/CSU — im Wahlprogramm 1987 gegeben. Damit haben wir um Zustimmung bei den Wählern geworben.

Dort heißt es:

Rente ist Alterslohn für Lebensleistung. Der enge Bezug zwischen Leistung und Gegenleistung bleibt auch in Zukunft ein Grundsatz unseres Rentenrechts. Deshalb lehnen wir eine Einheitsrente ebenso ab wie eine Maschinensteuer.

So steht es auch in der Koalitionsvereinbarung, und so steht es in der Regierungserklärung des Bundeskanzlers. Wir wollen und wir müssen uns daran halten. Auf unser Wort können die Rentner bauen.

Die Rentenversicherung kann nicht Zustimmung erwarten durch übergroße Rentensteigerungen, aber durch Verlässlichkeit. Das ist das Beste, was wir in diese Reform einbringen können. Wir machen das Rentenhaus witterfest für kommende Zeiten. Wir reißen es nicht ein und bauen ein neues. Wir erneuern das Dach, damit es nicht reinregnet. Umbau, nicht Abbau heißt unser Ziel.

Im übrigen, meine lieben Parteifreunde, halte ich das überhaupt für phantastisch: Die Sozialpolitik habe die Wahl, bei null zu beginnen. Die Chance hat sie nie. Die haben nur Konstrukteure am Reißbrett. Wir haben es aber nicht mit einem Reißbrett zu tun, sondern mit dem Leben. Da gibt es erworbene Ansprüche von Menschen, mit denen sie auch ihr Leben eingerichtet haben. Deshalb gibt es für eine soziale Politik immer nur Weiterentwicklung. Wir können kein tabula rasa machen, alles auswischen und noch einmal neu schreiben.

Der zweite Punkt: Prinzipien. Auch beim Umbau braucht man Orientierung. Verlässlichkeit braucht Prinzipien. Das Prinzip unserer Rentenversicherung heißt: Leistungsgerechtigkeit. Leistung muß sich lohnen, auch in der Rente. Also: Rente für Beitrag, Beitrag für Leistung, Leistung für Gegenleistung. Dieses Prinzip der Lohn- und Beitragsbezogenheit werde ich mit allen Kräften, die mir zur Verfügung stehen, verteidigen. Wer viele Jahre gearbeitet und mehr Beitrag gezahlt hat, bekommt eine höhere Rente als derjenige, der weniger Beitrag gezahlt und weniger Jahre gearbeitet hat.

Wenn alle 850 DM Grundrente bekommen: Dafür muß ein Durchschnittsverdiener 23 Jahre Beitrag zahlen. Ich frage Sie: Warum soll er 23 Jahre Beitrag zahlen, wenn er auch ohne Arbeit 850 DM Rente bekommt?

Die Rente bleibt für mich Alterslohn.

Dabei füge ich hinzu: Leistung für die Rentenversicherung ist nicht nur Erwerbsarbeit. Leistung ist auch Kindererziehung. Wenn wir die Kindererziehung in der Rentenversicherung berücksichtigen, bleiben wir dem Leistungsprinzip treu. Es handelt sich nicht um eine großzügige Zuteilung. Es handelt sich auch hier um Gegenleistung für Leistung. Meine lieben Parteifreunde, die Rente ist keine fürsorgliche Zuteilung, sondern selbsterarbeiteter Anspruch. Die lohn- und leistungsbezogene Rente unterscheidet sich nicht nur in Mark und Pfennig von Grundrenten. Das ist ein elementarer Unterschied: die Rente im Bewußtsein zu verzehren, sie selber erarbeitet zu haben oder sie von anderen zugeteilt zu bekommen. Ich denke, daß dieses Prinzip in Zukunft wichtiger wird, als es in der Vergangenheit war.

Das Leistungsprinzip ist nicht mehr so verinnerlicht wie zu Zeiten unserer Großeltern. Das mag man bedauern oder

begrüßen, es ist so. Um so wichtiger ist, daß das Leistungsprinzip auch in der Sozialpolitik Stützen hat. Ich sage ja gar nicht, daß es überall am Platze wäre. In der Krankenversicherung beispielsweise ist es fehl am Platz. Da muß dem Kran-ken ohne Rücksicht darauf geholfen werden, wieviel Beitrag er gezahlt hat. Aber in der Rentenversicherung hat das Leistungsprinzip seine Chance. Da sollte man es nicht voreilig durch Fürsorge ersetzen.

Ich sehe einen neuen Sozialkonflikt am Horizont der Zukunft auftauchen, einen Sozialkonflikt, der im 19. Jahrhundert in der alten Sozialpolitik so nicht bekannt war, nämlich einen neuen Verteilungskonflikt zwischen denjenigen, die arbeiten können und arbeiten wollen, und denjenigen, die arbeiten können, aber nicht wollen. Das ist ein neuer Sozialkonflikt. Dabei muß man die Arbeitenden auch vor denjenigen schützen, die, obwohl sie arbeiten können, ihr Lebenseinkommen lieber vom Sozialstaat beziehen. Der Mensch ist ein bequemes Wesen. Kein Instinkt treibt ihn zur Arbeit.

Ja, kein Instinkt treibt ihn zur Arbeit; das ist so. — Wir brauchen auch in der post-industriellen Gesellschaft Anreiz für Arbeit und Anstrengung. Das Schlaraffenland ist eine Utopie des Kulturzerrfalls. Es wäre ja auch eine pikante Paradoxie, wenn, während Gorbatschow und die Seinen im Osten dem Leistungsprinzip neue Spielräume zu eröffnen suchen, wir dagegen durch Einheitsrenten das Fürsorgeprinzip erweitern wollten. Das wäre eine merkwürdige, eine paradoxe Konvergenz der Systeme. Wir würden sozusagen unsere wechselseitigen Präferenzen austauschen.

Mein dritter Punkt ist die Notwendigkeit der Reform. Ohne Reform käme die Rentenversicherung spätestens 1992 unter die Mindestreserve einer Monatsausgabe.

Wer Rentenreformen also verschieben wollte, der müßte im Wahlkampf 1990 erklären, daß wir die Reform 1991 durchführen, zu der wir 1989 nicht in der Lage waren. Ich finde, das ist niemandem zuzumuten.

Deshalb muß jetzt gehandelt werden. Man kann das Haus schlecht umbauen, wenn es einzustürzen droht oder wenn es brennt. Jetzt — rechtzeitig, vorausschauend — brauchen wir die Reform.

Das vierte ist die Möglichkeit. Die Reform ist nicht nur nötig, sondern sie ist auch möglich im bestehenden System. Das Rentensystem bietet für Veränderungen ohne Systembruch fünf Ansatzpunkte. Im System ist Veränderung möglich, und zwar

- erstens in bezug auf das Rentenniveau,
- zweitens in bezug auf die Rentenlaufzeiten, also was die Altersgrenzen angeht,
- drittens in bezug auf die Ausgleichszeiten, also die beitragsfreien und beitragsmindernden Zeiten,
- viertens in bezug auf die Beiträge und
- fünftens im Hinblick auf den Bundeszuschuß.

Das sind fünf Ansatzpunkte für Veränderungen, ohne daß das Haus eingerissen werden muß. Ein Umbau mit Hilfe dieser fünf Instrumente ist möglich.

Ich will allerdings darauf hinweisen, daß diese fünf Instrumente nicht beliebig veränderbar sind. Sie können beispielsweise das Rentenniveau nicht beliebig senken. Wenn es in die Nähe des Sozialhilfesatzes käme, dann hätte die Rentenversicherung ihre Rechtfertigung durch Leistung verloren. Sie können auch die Beiträge — das ist nur die andere Seite der Medaille — nicht ins Unendliche steigen lassen.

Das wäre eine Sozialisierung des Lohnes. Beitragshöhe und Rentenhöhe müssen sich in einer Balance befinden. Ich will ausdrücklich hinzufügen: nicht im nomi-

nellen Sinne. Eine Mark Beitrag, die im Jahre 1950 gezahlt wurde, entspricht natürlich nicht einer Mark Rente im Jahre 2000.

Alle renteninternen Variablen müssen darüber hinaus in Gesamtzusammenhänge eingeordnet werden. Die Rente existiert ja nicht auf einem fremden Stern, sondern mitten in Wirtschaft und Gesellschaft. Deshalb hängt die Rentenversicherung von der Volkswirtschaft, ihrer Produktivität und, in sozialer Hinsicht, von der Erwerbsquote, also von der Antwort auf die Frage ab: Wie viele Menschen arbeiten mit? Je höher die Produktivität, desto besser, und je höher auch die Erwerbsquote, desto besser.

Wir bieten von den möglichen Maßnahmen als erste die Netto-Rentenanpassung an. Die Renten können nur so steigen wie die verfügbaren Einkommen der Arbeitnehmer. Dieser Umstieg von der Brutto-lohnanpassung zur Nettolohnanpassung ist der erste Beitrag zur Rentenreform. Sie ist Ausdruck der Generationensolidarität, denn auch die Älteren können an der Wohlstandssteigerung nur so teilhaben, wie die verfügbaren Einkommen der Aktiven wachsen. Auch die Arbeitnehmer leben ja nicht von dem, was auf dem Lohnzettel unter Brutto steht, sondern von dem, was übriggeblieben ist, wenn das Finanzamt und die Sozialversicherung Geld abgeholt haben.

Wir beteiligen die Rentner auch an der Krankenversicherung. Ich finde, auch das ist richtig. Damit werden sie an der Entwicklung der Beiträge interessiert. Wenn die Krankenversicherungsbeiträge im nächsten Jahr steigen, steigen sie auch bei den Rentnern. Und wenn sie über nächstes Jahr, was wir hoffen und erwarten, sinken, dann sinken sie auch bei den Rentnern. Das ist nicht unsozial, sondern solidarisch. Die Rentenerhöhung liegt dann im nächsten Jahr immer noch über

der Preissteigerungsrate. Der erste Punkt ist also: Generationensolidarität. Die Renten können nicht mehr so steigen wie die Bruttolöhne, sondern wie die verfügbaren Einkommen. Die nettolohnorientierte Rente dient der Stärkung des Gedankens, daß jung und alt in einem Boot sitzen.

Zweitens: **Rentenlaufzeiten**. Wir werden älter. Das wünschen wir uns alle. Die Rentenlaufzeiten sind in den letzten Jahren wie nie zuvor gestiegen. Ich will nur ein paar Zahlen nennen. Bei den Frauen betrug die durchschnittliche Lebenserwartung 1972 für die 60jährigen 19 Jahre, 1984 21,6 Jahre, und 1996 wird sie wahrscheinlich 23 Jahre betragen. Wissen Sie, was das bedeutet? Das ist eine erfreuliche Entwicklung. Aber eine um ein Jahr längere Rentenlaufzeit, das sind unter den derzeitigen Verhältnissen 8 Milliarden DM mehr. Bei den Männern stieg die durchschnittliche Erwartung der 60jährigen von 15,5 Jahren auf 18,5 Jahre. Längere Ausbildung, kürzere Erwerbsphase, früherer Rentenbeginn und längere Rentenlaufzeit: Das hält kein System der Welt ohne Veränderung aus. Da kann Arbeitsminister sein, wer will, das schafft, selbst wenn er besser ist als ich, was kaum denkbar ist, keiner.

Darauf muß eine Antwort gefunden werden. Bezahl wird die Rentenversicherung doch immer nur von der Arbeit derjenigen, die jetzt arbeiten. Alles andere ist Finanztechnik. Alles andere ist Stellwerksübung. Deshalb muß auf diese Veränderung geantwortet werden, und wir antworten darauf durch eine Erhöhung der Lebensarbeitszeit, durch eine Erhöhung des Rentenzugangsalters, freilich nur schrittweise. Aber wir antworten darauf nicht nur durch Erhöhung, sondern auch durch Flexibilisierung.

Wir wollen das Rentenzugangsalter bis zum Jahre 2010 schrittweise auf die

Regelaltersgrenze von 65 Jahren erhöhen, aber die Altersgrenze gleichzeitig mit mehr Selbstbestimmung für den einzelnen verbinden. Er soll entscheiden, ob er früher oder später ausscheiden will.

Keine Rentenversicherungsordnung hat ihm diese Vorschrift zu machen. Er selber soll entscheiden. Freilich: Wenn er früher ausscheidet, schlägt sich das auch in seiner Rente nieder.

Wir wollen diese Erhöhung auch nutzen, um Schluß zu machen mit dem sturen Motto: „Entweder ganz in Rente oder gar nicht in Rente, entweder ganz in Erwerbsarbeit oder gar nicht.“ Das alles sind kollektivistische Schemata. Wir brauchen einen sanften Übergang von der Erwerbsphase ins Alter. Das ist ein Stück Humanität. Deshalb soll die Teilrente diese schroffe Abschottung von Erwerbsphase und Alter beseitigen und Lebens- und Arbeitsrhythmus wieder stärker miteinander versöhnen. Ein 60jähriger hat eben andere Arbeitszeitbedürfnisse als ein 20jähriger. Ich bin auch sicher, viele ältere Kolleginnen und Kollegen würden gerne länger arbeiten, aber sie wollen nicht mehr so viel arbeiten. Und ich finde, wir brauchen eine Sozialpolitik, die mehr an den Wünschen der Menschen als an starren ideologischen Vorstellungen orientiert ist.

Dritter Punkt: **Neuordnung der beitragsfreien und beitragsgeminderten Zeiten**. Das ist ein Gelände, das überhaupt nur für Sopos nach dem zehnten Semester Rentenversicherung durchschaubar ist. Ich will mich in der Übersetzung versuchen. Das Rentensystem ist heute voller Zufälle und Ungereimtheiten und auch Ungerechtigkeiten. Beispielsweise zahlt die Arbeitslosenversicherung an die Rentenversicherung geringere Beiträge als die Rentenversicherung die Arbeitslosigkeit bewertet. Da bezahlt also die Rentenversicherung die Arbeitslosigkeit mit. Das

kostet 5 Milliarden DM. Wir wollen Beitrag und Bewertung deckungsgleich machen.

Ein anderes Beispiel. Das geltende Prinzip der sogenannten Halbdeckung beinhaltet, daß die Hälfte der Zeit zwischen Versicherungseintritt und Versicherungsfall mit Beiträgen belegt sein muß, wenn man in den Genuß von sozialen Ausgleichszeiten kommen will. Das führt dazu: Besindet man sich einen Monat vor der Halbdeckung, so ist der ganze soziale Ausgleich weg. Hat man einen Monat mehr gezahlt, so ist man dabei. Es kann sogar passieren, daß man, wenn man mehr Beitrag zahlt, am Schluß weniger Rente hat. Das Schlimmste von allem ist: Die Hauptbenachteiligten dieses Prinzips sind die Mütter. Sie haben nämlich große Beitragslücken. 50% der Mütter erreichen nicht die Halbdeckung. Aber nur 20% der Ledigen befinden sich unter denjenigen, die unter der Halbdeckung bleiben. **Wenn wir also die Halbdeckung beseitigen, dann ist das eine ungeheure familien-, frauen- und mütterfreundliche Reform. Lassen Sie sich doch überhaupt nicht irremachen. Dadurch schaffen wir endlich mehr Gerechtigkeit.**

Ich denke allerdings, daß wir es dabei nicht bewenden lassen dürfen. Wir berücksichtigen die Kinder in der Rentenversicherung. Das haben wir ja schon 1986 eingeführt. Ich meine, wir sollten unseren Erfolg eigentlich viel selbstbewußter vortragen, wir sollten sagen, daß wir Kindererziehungszeiten ins Rentenrecht eingeführt haben, — soll ich sagen: nach hundert Jahren Verachtung der Mütter? **Das hat unsere Partei und das hat auch die Öffentlichkeit viel zuwenig gewürdigt. Das war fast eine kleine Rentenrevolution.**

Andere haben jahrelang darüber geredet, aber gemacht haben sie es nicht. Nur, sie haben mehr als wir darüber geredet, so

daß manche denken, diejenigen, die so viel darüber geredet haben, hätten es gemacht. Wir müssen auch über die Sachen reden, die wir gemacht haben. Deshalb sage ich noch einmal aus Anlaß dieser Rentenreform: Es haben 1988 auf Grund unserer Reform 3,5 Millionen Mütter Kindererziehungszeiten, die sie früher nicht hatten; 2,3 Millionen Mütter der Jahrgänge vor 1921, 1,2 Millionen Mütter der Jahrgänge nach 1921. 1990 werden es 6 Millionen Mütter sein, die Kindererziehungszeiten erhalten. Das wird uns bis dahin 10 Milliarden DM kosten. Das ist doch kein Pappenspiel! Das müssen wir einmal verkünden: Endlich werden Kinder in der Rentenversicherung anerkannt!

Und wir wollen auf diesem Weg weiterschreiten: **zwei weitere Jahre für Kindererziehung**, freilich gekoppelt an die Einführung des Erziehungsgeldes 1986. Wir sind nicht in der Lage, es rückwirkend zu machen. Wir bringen es mit den Kindererziehungszeiten in Zusammenhang. Ohne jeden polemischen Unterton: Ich halte Kindererziehungszeiten für die Mütter, für die Frauen für viel besser als alle kinderspezifischen Beitragsermäßigung. Davon hat die Frau gar nichts; die Familie kommt möglicherweise in den Genuß einer Ermäßigung. Es geht darum, dem zu entsprechen, was die Frauen, die Mütter zu Recht verlangen, nämlich daß ihnen, wenn sie alt sind, bei ihrer Rente anerkannt wird, daß sie Kinder erzogen haben, und daß sie, wenn sie Kinder erzogen haben, im Alter nicht einfach das Anhängsel an der Rente des Mannes sind, sondern daß sie vielmehr durch Kindererziehung einen eigenständigen Anspruch erwerben. Und das schafft kein kinderspezifischer Beitrag, das schaffen nur Kindererziehungszeiten, und die haben wir eingeführt. Ich meine, dahinter steht die Philosophie: Kinder erziehen ist so wichtig wie

Erwerbsarbeit. Für die Rentenversicherung freilich gilt: Die Kindererziehungszeiten müssen von der Allgemeinheit finanziert werden, denn nicht alle Kinder werden ja Beitragszahler. Manche werden ja auch Beamte, andere werden Selbstständige. Schon aus Gründen der Verteilungsgerechtigkeit kann die Rentenversicherung das nicht tragen.

Wir wollen die **Kindererziehung** im Gesamtleistungsmodell bis zum zehnten Lebensjahr des Kindes berücksichtigen. Kindererziehung wirkt also in der Gesamtbewertung nicht als Minderung der Bewertung der Ausfallzeit. Wir wollen die Kindererziehung auch beim Anspruch auf Erwerbsunfähigkeitsrente, bei Wartezeiten für den vorzeitigen Ruhestand berücksichtigen. Der Kindererziehung soll also auch im sozialen Ausgleichssystem Anerkennung zuteil werden, so daß sich wegen Kindererziehung kein Nachteil in der Bewertung von sozialen Ausgleichszeiten ergibt. Wir werden auch darüber nachdenken müssen, wie wir die Bewertung der ersten fünf Jahre so gestalten, daß sie nicht mütterfeindlich wird.

Was die **Pflegearbeit** im häuslichen Bereich anbelangt — Heiner Geißler hat schon auf dieses wichtige, in die Zukunft weisende Thema hingewiesen — : Hier sollen Beiträge gezahlt werden können, die den Pflichtbeiträgen gleichgestellt werden; damit soll also auch ein Schutz bei Frühinvalidität geschaffen werden. Auch Pflegearbeit soll sich in der Gesamtbewertung nicht negativ auswirken.

Fünfter Punkt: **Bundeszuschuß**. Wir lösen die ausschließliche Koppelung des Bundeszuschusses an die Einnahmen auf und koppeln ihn zusätzlich an die Beiträge. Wir schaffen damit so etwas wie ein sich selbst steuerndes System, einen Regelkreis, der es nicht nötig macht, daß die

Politiker immer wieder intervenieren. Wenn die Beiträge steigen, dann wirkt sich das bei der Nettolohnrente auch auf die Rentner aus. Dann haben sie eine um so niedrigere Rentenanpassung. Wenn die Jungen mehr zahlen müssen, dann müssen die Alten etwas von der Rentenerhöhung aufgeben. Keine Rente wird gekürzt, nur, die Erhöhung ist dann nicht mehr so kräftig wie ohne Beitragserhöhung. Alt und jung bleiben zusammen. Aber der Dritte im Bunde muß auch angekoppelt sein: Wenn sich die Beiträge der Aktiven erhöhen, sinken nicht nur die Anpassungssätze, sondern dann steigt auch der Beitrag des Bundes. Das ist ein sich selbst regelnder Kreis, der der Rentenversicherung auch mehr Autonomie gibt.

Gegenstand der Diskussion ist, mit welchem Einstiegsvolumen des **Bundesausschusses** wir dieses Unternehmen beginnen. Das hat für die Systemfrage eine relativ untergeordnete Bedeutung. Das hat nur die Bedeutung, inwieweit die Beiträge in den ersten Jahren steigen. Je kräftiger wir mit dem Bundeszuschuß einsteigen, desto weniger steigen die Beiträge, und je weniger die Beiträge steigen, desto weniger steigt dann in den folgenden Jahren auch der Bundeszuschuß, so daß sich das mittelfristig ausbalanciert.

Sechster Punkt: **Die Rentenreform antwortet auf den Bevölkerungsrückgang**. Aber das ist doch kein rentenspezifisches Ereignis. Alle öffentlichen Alterssicherungssysteme müssen eine Antwort auf diese Herausforderung finden. Bevölkerungsrückgang ist nicht nur von der Rentenversicherung aufzufangen; alle öffentlichen Alterssicherungssysteme, auch die im öffentlichen Dienst, müssen eine Antwort darauf finden. Ich rede hier nicht für großen Eintopf, ich rede nicht für Nivellierung, aber ich sage, daß vergleichbare Tatbestände auch vergleichbar

behandelt werden müssen. Das hat überhaupt nichts mit einer Sanierung der Rentenkassen zu tun, sondern das hat etwas mit dem angeborenen Gerechtigkeitsgefühl der Bevölkerung zu tun. **Wenn wir den Rentnern eine Reform zumuten, dann muß aus Gründen der Akzeptanz dieser Reform auch der öffentliche Dienst Anpassungen zur Bewältigung des Bevölkerungsrückgangs leisten.**

Ich komme zum Ausblick. Unsere gute alte Rentenversicherung hat schon viele Stürme überlebt, Kriege und Inflationen. Grundbedingung ihrer Festigkeit bleibt, daß die Generationen zusammenhalten, daß die Lasten gerecht verteilt werden. Es ist im Grunde nur die Organisation der alten Familiensolidarität, und niemand braucht sich dabei überfordert zu fühlen. Veränderungen können weder allein von den Jungen bewältigt werden — wir würden ihnen Beitragssätze zumuten, die sie nicht tragen können — noch allein von den Alten, sondern von alt und jung. Ich sage noch einmal: Es wird niemand übervorteilt, denn die Jungen werden ja auch einmal alt, und die Alten waren einmal jung. Niemand wird in der Generationensolidarität überfordert. Die Nettorente, der Rentenzugang, die beitragsfreien Zeiten, die Bundeszuschüsse und der Beitrag bieten genügend Variabilität, auf unterschiedliche Herausforderungen auch noch im nächsten Jahrhundert richtig zu antworten.

Ich warne uns nur vor einer übertriebenen Prognosegläubigkeit, als könnten wir das Jahr 2030 sozusagen prognostisch vorwegnehmen. Wissen Sie, die Prognostiker verwechseln sich mit dem lieben Gott oder mit der göttlichen Vorsehung.

Ich will nur einmal einige Fragen aufwerfen, und es würde mich wundern, wenn jemand eine exakte Antwort darauf wüßte. Wer kennt das Bevölkerungsverhalten im Jahre 2000 oder 2015 genau?

Wer kennt das Erwerbsverhalten insgesamt oder das Erwerbsverhalten der Frauen im nächsten Jahrhundert? Wir haben das zahlenmäßig geringste Erwerbsverhalten aller vergleichbaren Nationen. Wir liegen weit unter Japan, Amerika, Großbritannien, Schweden, Dänemark, Schweiz. Das betrifft Männer und Frauen. Wenn wir beispielsweise bei den Frauen im Jahre 2030 nur die gleiche Erwerbsquote hätten, die die dänischen Frauen schon haben, dann hätten wir 1 Million Erwerbspersonen mehr. Wer kennt die altersspezifische Erwerbsbeteiligung im Jahre 2030? Wäre sie im Jahre 2030 auch nur so, wie sie im Jahre 1960 war, hätten wir 2 Millionen Erwerbspersonen mehr.

Wer kennt im Rahmen des EG-Binnenmarktes den genauen Anteil der Ausländer in der Zukunft? Regierungsoffiziöse Schätzungen schwanken für das Jahr 2000 bereits zwischen 4,3 und 5,8 Millionen.

Deshalb: Wir brauchen ein System, das reaktionsfähig ist, das auf unterschiedliche Bedingungen antworten kann. Aber dieses System — das ist jedenfalls meine Überzeugung, das ist das Programm, mit dem wir vor die Wähler getreten sind, zu diesem Wort stehen wir — muß lohn- und beitragsbezogen bleiben. Es ist keine allgemeine Fürsorge. **Wer seine Rente erhält, der hat sie sich erarbeitet. In diesem stolzen Bewußtsein müssen wir unsere ältere Generation lassen.** Deshalb verteidige ich die Leistungsgerechtigkeit in der Rentenversicherung.

Die Rentenversicherung ist reformbedürftig und reformfähig. Ich lade alle ein zum Konsens. Die Demokratie muß zu beidem fähig sein, zu Konflikt und Konsens. Konflikt wird es noch reichlich geben. Niemand braucht Angst zu haben, es gäbe keine Konflikte mehr, auch zwischen Opposition und Regierung. Aber

wenn wir zu beidem fähig sind, schützen wir den Konsens vor dem Verdacht der Kumpanei, weil wir in anderen Fragen wieder Konflikte austragen, und den Konflikt vor einer nackten Aggression, weil wir in anderen Fragen wieder Konsens haben. Insofern ist dieser Versuch auch ein Beitrag zur politischen Kultur. Er ist auch ein Beitrag, diese Rentenreform nicht durch die Angst der älteren Generation begleiten zu lassen.

Heute ist eine Generation in der Rente, die viel erlitten und erduldet hat, die Krieg mitgemacht hat und in der Nachkriegszeit unser Land wiederaufgebaut hat, in schweren Zeiten, in schwereren Zeiten als heute. Ich denke, wir sollten

unserer Dankspflicht auch dadurch genügen, daß wir eine Rentenreform zustande bringen, die die Alterssicherung der älteren Generation nicht nur heute, sondern auch morgen auf ein sicheres Fundament stellt und die für Angst der Älteren überhaupt keinen Spielraum läßt. Die Älteren müssen sich auf uns verlassen können.

Insofern ist das Geheimnis der Rentenreform, daß die Generationen zusammenrücken, die Lasten verteilen. Insofern ist dieser Saal ein guter Saal für diese Reform: weil auch die CDU zusammenrücken muß, um die Rentenreform gemeinsam zu bewerkstelligen.

Leistung für Gegenleistung

Auf Kritik und Gegenvorschläge von Kurt Biedenkopf und Christian Schwarz-Schilling antwortete Norbert Blüm wie folgt:

Ich finde es gut, wenn in unserer Partei über Lebensfragen — und die Alterssicherung ist eine Lebensfrage — offen gerungen wird. Kurt Biedenkopf hat gesagt, seine Position habe nicht mit Fragen der Praktikabilität zu tun, sondern mit einer Wertentscheidung. Richtig! Auch ich nehme Wertentscheidungen für meine Position in Anspruch, nämlich erstens die Wertentscheidung für die Leistungsgerechtigkeit: Leistung für Gegenleistung. Ich nehme allerdings nicht nur Wertentscheidungen in Anspruch, sondern muß mich leider Gottes auch mit Fragen der Praktikabilität beschäftigen. Wir haben in der Politik — das ist der Unterschied zur theoretischen Diskussion — überhaupt nichts gewonnen, wenn zwar die Diagnose perfekt, aber die Therapie nicht vorhanden ist. Es genügt nicht, Einwände zu formulieren; Konzepte sind gefragt.

Was ist denn die Alternative zu dem, was ich vorschlage? Es genügt nicht, den älteren Menschen Wertentscheidungen vorzutragen. Sie müssen operationalisiert werden. Ich muß die Frage beantworten, wie wir jetzt — und ich habe mir den Zeitpunkt nicht ausgesucht — die Renten sichern. Da muß ich Fragen der Praktikabilität beantworten.

Deshalb ein paar Rückfragen. Der erste Vorwurf lautet, unser Vorschlag würde gegen den Generationenvertrag verstößen. Lieber Kurt Biedenkopf, ich kenne **keinen schärferen Verstoß gegen den Generationenvertrag als eine Grundrente**, und zwar allein deshalb, weil auch bei Einführung einer Grundrente ja zunächst einmal die lohnbezogene dynamische Rente erhalten bleiben muß. Niemand, auch Kurt Biedenkopf nicht, schlägt ja vor, daß erworbene Anwartschaften, verfassungsrechtlich geschützte Ansprüche, aufgelöst werden. Sie können ja nicht einer 80jährigen Rentnerin den Umstieg zur Grundrente zumuten; deren ganze Lebensplanung war anders. Also bleibt

für die ältere Generation die dynamische Rente erhalten. Also muß sie unverändert weiter aus den Beiträgen der Aktiven bezahlt werden. Und zum Dank dafür erhalten die Aktiven dann keine dynamische Rente, sondern nur eine Grundrente? Jetzt frage ich: Was ist daran Generationensolidarität?

Etwas kommt hinzu: Diese junge aktive Generation, die zwar weiter eine lohnbezogene Rente finanziert, dafür aber nur eine Grundrente erhält, wird ja — auch nach den Angaben der Erfinder der Grundrente — mit dieser Grundrente nicht auskommen; sie muß in der gleichen Zeit eine zusätzliche private Vorsorge aufbauen. Das bedeutet, sie muß in der gleichen Erwerbsphase zwei Alterssicherungssysteme finanzieren. Was ist daran Generationensolidarität? Der Umstieg zur Grundrente ist ein Betrug an der jungen Generation, an denen, die es jetzt bezahlen! Ich meine „Betrug“ nicht im moralischen Sinne, aber in dem Sinne, daß sie nicht den Gegenwert für das bekommen, was sie den Älteren finanziert haben.

(Prof. Dr. Kurt H. Biedenkopf: Ich habe so etwas nie vorgeschlagen!)

Jetzt komme ich zu dem familienpolitischen Einwand. Den versteh ich nun überhaupt nicht. Was, so frage ich, ist an der Grundrente familienfreundlich? Kann mir jemand sagen, was an der Grundrente — jeder bekommt 800 Mark — familienfreundlich ist? Ich habe daran bis zum heutigen Tag nicht die Spur einer Familienfreundlichkeit erkannt!

Der dritte Einwand bezieht sich auf die Armutsbekämpfung. Ich behaupte, daß für die Bekämpfung der Armut, die es in unserer Wohlstandsgesellschaft noch gibt, nicht die Rentenversicherung zuständig ist, sondern die Allgemeinheit. Sonst würden ja die Beitragszahler mit

ihrem Beitrag den Sozialstaat finanzieren, und die Bezieher höherer Einkommen wären unterproportional daran beteiligt. Also wollen wir die Rentenversicherung mit diesen Problemen nicht überlasten! Die Frage ist, wie man Systeme miteinander verklammert. Bezahlt werden muß Armutsbekämpfung aus dem allgemeinen Topf, aber damit ich das kann, muß der leistungsbezogene Strang davon geteilt bleiben und darf damit nicht vermischt werden.

Ich warne auch davor, aus jeder kleinen Rente schon auf Mangel zu schließen. 87% derjenigen, die eine 600-DM-Rente empfangen, leben in Haushalten mit einem Nettoeinkommen von über 1 000 DM, 55% in Haushalten mit über 2 000 DM. Ich bleibe also dabei: Warum sollte der Facharbeiter mit 1 600 DM Rente auf 800 DM Rente verzichten, damit mit 800 DM die allgemeine Armut bekämpft wird, wobei diese 800 DM auch der Millionär bekommt, der das gar nicht braucht? Was ist denn daran sozial?

Wenn jetzt einer sagt „Nein, nicht der Millionär soll das bekommen, sondern nur der Bedürftige“, dann sind wir bei der Sozialhilfe. Deshalb behaupte ich: **Grundrente ist nichts anderes als Sozialhilfe ohne Bedürftigkeitsprüfung. Ich kann darin weder die Wertentscheidung für Leistungsgerechtigkeit noch die Familienfreundlichkeit noch den richtigen Ansatz der Armutsbekämpfung erkennen.**

Jetzt komme ich aber zu dem Teil, den Kurt Biedenkopf als illusionär bezeichnet hat. Von der Praktikabilität her halte ich es für illusionär, zu glauben, man könnte das jetzige Rentenniveau von rund 70 % auf 40 % herunterschrauben. Ich halte das für illusionär! Es ist für uns ja jetzt schon schwer, zur nettobezogenen Rente umzusteigen.

Wenn jemand glaubt, er könne die Diskrepanz durch Eigentumsbildung beseiti-

gen, will ich mich auf **Nell-Breuning**, der heute ja schon mehrfach zitiert wurde, berufen. Er sagt:

Der Lebensunterhalt einer Bevölkerung läßt sich immer nur aus der laufenden Gütererzeugung, nicht aus gespeicherten Vorräten, am allerwenigsten aus Reinvestition akkumulierter Kapitalstöcke decken. Finanztechnisch sind Vorgriffe möglich; güterwirtschaftlich kann man nur das Brot essen, das aus dem vorher gewachsenen Korn gebacken ist. Finanztechnisch kann man Reserven bilden, um künftigen Finanzbedarf durch deren Wiederauflösung zu decken; güterwirtschaftlich können wir Realkapital nicht im Verbrauchsgüter rückverwandeln und daher immer nur von dem leben, was aus dem laufenden Sozialprodukt entnommen wird.

Vermögensbildung ist wichtig, aber wer glaubt, er könne das Umlageverfahren in der Alterssicherung durch Vermögensbildung ersetzen, der müßte einen Kapitalstock von zwei Billionen — damit sich das jeder einmal vorstellt — herstellen. Das wäre aus meiner Sicht nicht nur volkswirtschaftlich sehr bedenklich, sondern möglicherweise auch ordnungspolitisch, weil dadurch neue Investitionslenkungszentralen — unter welchem Namen auch immer — Platz greifen würden.

Ich bleibe dabei: Sie können es organisieren, wie Sie wollen, die entscheidende Frage ist immer: Was ist die jetzt aktive Generation bereit, für die Älteren abzugeben? Das ist eine Wahrheit, die schon 100 Jahre gegolten hat, und sie gilt auch für das nächste Jahrtausend. Jede Generation muß sich entscheiden, was sie von ihrem Wohlstand zugunsten des Wohlstandes ihrer Vorgänger abgeben will. Das ist nicht eine Abgabe, bei der sich Mark für Mark rechnet, sondern es geht um den produktiven Wert der Abgabe, und mit steigender Produktivität wird es

für uns auch leichter, mehr abzugeben. Deshalb halte ich ja Nullwachstum, retardierende Gesellschaften, retardierende Wirtschaften, für die größte Gefahr für jede soziale Sicherheit.

Sie können Intelligenz investieren, soviel Sie wollen, es bleibt dabei: Es muß jeweils entschieden werden, was die junge Generation abzugeben bereit ist. Ich sage, sie erwirbt in dem Maße einen Anspruch, von der ihr nachfolgenden Generation Alterssicherheit gewährt zu bekommen, wie sie bereit war, ihren Vorgängern Alterssicherheit zu gewähren. Damit dies leichter ist, dürfen überproportionale Ansprüche im Zusammenhang mit der Bevölkerungsverschiebung nicht nur den Jungen aufgebürdet werden, sondern müssen auch von den Alten mitgetragen werden. Und es muß — allein schon wegen der versicherungsfremden Leistungen, die die Rentenversicherung trägt — der Dritte, der Bund, ins Spiel, um die Risiken der Bevölkerungsverschiebung nicht nur den Beitragzahlern zu überlassen.

Ich glaube, daß auf unser Rentensystem große Herausforderungen zukommen, aber ich bleibe dabei: Dieses System kann die Herausforderungen so bewältigen, wie es auch in der Vergangenheit in schweren Zeiten damit fertig geworden ist.

Deshalb bitte ich darum — ich bitte wirklich darum —, die ältere Generation nicht in Angst und Schrecken zu versetzen, sondern der älteren Generation das Zutrauen zu geben, daß wir ihre Rente solide finanzieren, solide sichern und daß wir auch die nachfolgende jüngere Generation nicht überfordern. Freilich brauchen wir zur Unterstützung eine offensive Familienpolitik. Aber das ist wiederum nicht eine Aufgabe der Rentenversicherung, sondern eine des gesamten Staates. Insofern macht die Debatte über Rentenpolitik auch einen neuen Aufbruch für die Familienpolitik notwendig.

Helmut Kohl

Gesetzentwurf noch in diesem Jahr

Meine lieben Freunde! Zunächst will ich mich für diese Diskussion bedanken, die ein erneuter Beweis für die Lebendigkeit unserer Partei gewesen ist. Bitte, berichten Sie von dieser wichtigen Erfahrung auch in den Kreisverbänden daheim! Ich bedanke mich außerdem für die überwältigende Zustimmung zu dem Konzept, das unsere Freunde — vor allem Norbert Blüm — für die Rentenreform erarbeitet haben.

In der Debatte ist viel von der Zukunft die Rede gewesen. Ich bin dankbar, daß in diesem Zusammenhang einige auch das wirtschaftliche Umfeld der Bundesrepublik Deutschland angesprochen haben, das sich in den nächsten Jahren erheblich verändern wird. Ich erinnere nur an die Vollendung des europäischen Binnenmarktes bis Ende 1992: Sie wird einschneidende Veränderungen in Wirtschaft und Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland zur Folge haben — Veränderungen, die gleichermaßen Chance und Gefahr bedeuten. Es wird deshalb entscheidend darauf ankommen, was wir aus dieser Herausforderung machen.

Der Vorschlag, den Ihnen der Bundesvorstand nach langer und intensiver Diskussion unterbreitet hat, will auf der Grundlage dessen, was sich an Entwicklungen schon heute absehen läßt, einen Weg in die Zukunft weisen. Und ich bin fest davon überzeugt, daß der von uns aufgezeigte Weg der richtige ist.

Dem Antrag Nr. 2 kann ich nicht zustimmen, weil er das politische Umfeld nicht genügend berücksichtigt. Wir haben hier zu Recht applaudiert, als einige Redner feststellten, dem Thema Familienpolitik

wende sich ernsthaft nur die Union zu. Wir haben uns dieses Themas bereits angenommen, als ein großer Teil der deutschen Öffentlichkeit noch kein Verständnis für seine Bedeutung hatte. Inzwischen hat hier glücklicherweise ein unübersehbarer Prozeß des Umdenkens eingesetzt.

Wir haben in der Bundesregierung nach gründlicher Überlegung und Abwägung einen Referentenentwurf auf der eben beschlossenen Linie entwickelt, der in den nächsten Wochen in der Fraktion, in der Koalition, in Gesprächen mit den Sozialdemokraten und selbstverständlich auch in einer breiten öffentlichen Diskussion intensiv erörtert werden wird. Ich bleibe bei meinem Ziel, den parlamentarischen Körperschaften noch vor Ende 1988 den Regierungsentwurf zur Beratung zuzuleiten. Ich bin fest entschlossen, diesen Termin einzuhalten, damit wir im nächsten Jahr ohne Zeitnot im Bundestag und im Bundesrat darüber beraten können.

Es wäre falsch, von der Bundesregierung schon jetzt die Einsetzung einer Kommission zu verlangen, durch die in den Augen der Öffentlichkeit ein noch nicht vorliegender Gesetzentwurf schon wieder in Frage gestellt würde. Wir gerieten dann in eine merkwürdige Diskussionslage. Niemand würde das verstehen können!

Ich bin natürlich damit einverstanden — ich habe das schon früher zu Christian Schwarz-Schilling und anderen gesagt —, daß wir auch über das Jahr 2010 hinausdenken. Aber heute ist es unsere erste und wichtigste Aufgabe, den Rentnern

(Fortsetzung nächste Seite)

Helmut Kohl:

Senioren-Union bei ihrer Arbeit unterstützen

In Bonn trafen am 21. September 1988 der Parteivorsitzende der CDU Deutschlands, Bundeskanzler Helmut Kohl, und der Bundesvorsitzende der Senioren-Union, Gerhard Braun, sowie seine drei Stellvertreter Irma Tübler, Peter Blum und Horst Heinschke zu einem Gespräch zusammen.

Bundeskanzler Helmut Kohl lobte die bisher geleistete Arbeit der Senioren-Union, die die CDU bereichert und gestärkt habe und gleichzeitig auch ein Zeichen weit über die Grenzen der CDU hinaus gesetzt habe. Der Parteivorsitzende forderte die gesamte Partei auf, die Arbeit der Senioren-Union auf allen Ebenen nachdrücklich zu unterstützen.

Gerade der Dialog zwischen den Generationen ist für unsere Gesellschaft von großer Wichtigkeit. Die bisher durchgeführten Veranstaltungen im Rahmen des Generationendialogs haben insbesondere bei der Senioren-Union und der Jungen Union großen Anklang gefunden und

die Sicherheit zu geben, daß das, was wir jetzt tun, ihre Rente sichert.

Wenn der Vorsitzende der Jungen Union fragt: Und was geschieht danach?, dann ist das selbstverständlich eine berechtigte Frage. Aber in diesem Punkt stehen manche Thesen gegeneinander, und manche Zahlen sind noch strittig. Deswegen bitte ich Sie, diesen Antrag jetzt nicht zu verabschieden, sondern eine Formulierung zu finden, die es möglich macht, daß die gesamte Partei das, was wir jetzt gemein-

zum Austausch der Ansichten zwischen den Generationen beigetragen. Schon im Hinblick auf die Sicherung der Zukunft ist es ein vorrangiges Ziel der christlich-demokratischen Vereinigungen und insbesondere der Senioren-Union, den Generationendialog weiter zu fördern.

Die von der Senioren-Union vorgestellte Aktion „Wir praktizieren die Aktion Willkommen“, mit der die Senioren-Union bei der Eingliederung der Aussiedler durch praktische Hilfestellungen vor Ort helfen will, wurde von Bundeskanzler Helmut Kohl außerordentlich begrüßt. Der Bundeskanzler hat sich bereit erklärt, für diese Initiative die Schirmherrschaft zu übernehmen. ■

Weiter auf Wachstumskurs

Bundeskanzler Helmut Kohl erwartet nach einem Gespräch mit dem Sachverständigenrat für 1988 ein reales Wachstum von rund drei Prozent, eine weiterhin kräftige Zunahme der Realeinkommen und ein hohes Maß an Preisstabilität.

sam beschließen, mit aller Kraft vertreten kann.

Ich wende mich deshalb an die Antragsteller mit der Bitte um ihr Einverständnis, daß wir eine Formulierung finden, die uns einerseits erlaubt weiterzudenken und dabei den Sachverstand zu nutzen, über den wir verfügen, die aber andererseits nicht dazu führt, daß das, was wir gerade beschlossen haben, in einem weiteren Beschuß bereits wieder in Frage gestellt wird.

Unerträglich gewordenes Maß an Polemik

Scharfe Kritik an Aktionswoche der Gewerkschaften

Scharf hat Bundeskanzler Helmut Kohl auf die vom Deutschen Gewerkschaftsbund geplante Aktionswoche gegen die Politik der Bundesregierung reagiert. Vor dem Kleinen Parteitag der CDU sagte der Kanzler am Montag in Bonn, er und die Union seien an einem vernünftigen Verhältnis zum DGB interessiert. Aus großen Teilen der Gewerkschaftsführung komme aber seit langem ein unerträglich gewordenes Maß an Polemik. Wörtlich sagte der Kanzler:

„Sie kennen meine und unsere grundsätzliche Position: Wir wollen selbstverständlich ein vernünftiges Verhältnis, eine vernünftige Gesprächsbasis mit allen Gewerkschaften.

Wir sind — auch das ist bekannt — für den Pluralismus der Gewerkschaften, zugleich wissen wir, welche Bedeutung die Einheitsgewerkschaft, der Deutsche Gewerkschaftsbund hat. Ich habe das in der Vergangenheit oft genug gesagt. Ich werde das auch in den vor uns liegenden Monaten noch einmal würdigen — insbesondere den Beitrag des DGB zum Aufbau der Bundesrepublik Deutschland während der vergangenen 40 Jahre.

Doch ich nehme die heutige Gelegenheit noch einmal wahr, um erneut darauf hinzuweisen, daß wir nun schon seit geraumer Zeit eine inzwischen unerträglich gewordene Polemik aus dem DGB, aus weiten Teilen der DGB-Führung gegen uns, gegen die Union beobachten müssen. Das hat mit der Idee der Einheitsgewerkschaft überhaupt nichts mehr zu tun!

Es ist ein absolut unerträglicher Zustand, was beispielsweise heute im Hauptorgan des DGB, in der ‚Welt der Arbeit‘, an Polemik gegen Norbert Blüm und gegen mich zu lesen ist. Das ist nicht mehr sachlich fundiert, das ist nicht mehr die normale Diskussion unter politischen Gegnern — das ist Feindschaft, Verunglimpfung und Herabsetzung politisch Andersdenkender.

Im Hinblick auf die Diskussion über die Rentenreform ist das besonders bemerkenswert: Denn gerade in dieser Frage bemüht sich Norbert Blüm, unterstützt von mir und der ganzen Union, um ein Gespräch mit dem Ziel des Konsenses. Wenn man jedoch dem Gesprächspartner von vornherein den guten Willen abspricht, wie das jetzt geschieht, dann kann ich nur sagen: Man ist im DGB offensichtlich gar nicht zu solchen vernünftigen Gesprächen bereit. Ich bedaure das zutiefst.

Die Behauptung, daß die jetzt diskutierten sozialpolitischen Reformvorhaben zu einem ‚Zusammenbruch‘ führen würden, ist genauso abwegig wie die Behauptung vor drei Jahren im Zusammenhang mit § 116 AFG, das Ziel unserer Politik sei, die Einheitsgewerkschaft zu zerstören. Jeder weiß, daß das alles Propaganda war, daß hier einfach mit der Unwahrheit gearbeitet wurde.

In dieser Situation möchte ich dem Deutschen Gewerkschaftsbund zwei Empfehlungen geben:

1. Ich rate dem DGB dringend, zur Sachlichkeit zurückzufinden. Wir sind zu einem sachlichen Gespräch bereit. Aber

wir sind nicht bereit, jede Unverfrorenheit hinzunehmen. Das ist das erste, was mit aller Deutlichkeit gesagt werden soll.

2. Was eigentlich selbstverständlich sein sollte — ist: Eine Organisation wie der Deutsche Gewerkschaftsbund, der so gerne das Wort Solidarität im Munde führt, sollte in diesen Tagen, statt eine Kampagne gegen uns zu führen, eine breite Kampagne zugunsten der Aussiedler führen, die zu uns in die Bundesrepublik Deutschland kommen. Diese Landsleute, die vor allem aus Rumänien, Polen, und der Sowjetunion zu uns kommen, sind doch zum größten Teil Arbeitneh-

mer; es sind Männer und Frauen, die die Irrwege des Sozialismus am eigenen Leib erlebt haben und deshalb wissen, worauf es wirklich ankommt. Ich höre vom DGB so manche öffentliche Erklärung zu diesem und jenem Gegenstand, beispielsweise — auch das begrüße ich — zur Frage der Menschenrechte in anderen Kontinenten. Der DGB wäre für mich allerdings viel glaubwürdiger, wenn er mit seiner ganzen Kraft — auch mit seinen finanziellen Möglichkeiten — eine klare Position zugunsten der Aussiedler einnahme: zugunsten jener Deutschen, die jetzt zu uns kommen. Das wäre für alle Beteiligten sehr gut!“

Seiters-Brief an Breit

Gewerkschaften schaden sich selbst

In der Zeit vom 15. bis 22. Oktober planen die Spitzenfunktionäre des DGB — wie in den vergangenen Jahren — eine bundesweite Kampagne gegen die Bundesregierung. Die IG Metall, immer in vorderster Reihe, wenn es gegen die Bundesregierung geht, hat ihre „Aktionstage“ bereits in dieser Woche begonnen. Aus diesem Grunde habe ich heute folgenden Brief an den Vorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Ernst Breit, gerichtet:

„Die Themenauswahl und die Erfahrungen mit vergleichbaren Veranstaltungen zeigen, daß die Kampagne nicht bestimmt wird von den objektiven Gegebenheiten in der Bundesrepublik Deutschland, sondern von der ideologischen Voreingenommenheit führender DGB-Funktionäre. Der Organisationsplan der Veranstaltung weist aus, daß es bei der Kampagne keine Hinweise geben wird

- auf die außerordentlich gute konjunkturelle Lage in unserem Land, auf 3,9 % reales Wachstum im ersten Halbjahr 1988,
- auf 110.000 neue Arbeitsplätze im ersten Halbjahr,
- auf absolute Preisstabilität,
- auf das Wachstum der Nettolöhne und -gehälter um 3,5 %, das eine Ausweitung der Ausgaben der privaten Haushalte um 4,5 % ermöglichte,
- auf den historisch höchsten Stand der staatlichen Sozialausgaben von über 635 Mrd. DM 1987,
- auf die Steuerentlastung der Arbeitnehmer von allein 14 Mrd. DM in diesem Jahr,
- auf Steuererleichterungen und Sozialtransfers, die bis 1990 in Höhe von 16,5 Mrd. DM mehr an die Familien fließen als noch 1985,
- auf unser Gesetz, das die Rechte der Jugend- und Ausbildungsvertretungen in den Betrieben und Verwaltungen stärkt,

- auf die beabsichtigte Sicherung der Montan-Mitbestimmung, die die SPD geführte Vorgängerregierung nicht hat sichern können,
- auf unsere großen Anstrengungen, sozialdemokratische Versäumnisse der 70er Jahre zu korrigieren und das Gesundheits- und Rentensystem wieder auf eine solide finanzielle Basis zu stellen.

Statt dessen wird wahrheitswidrig — das Gegenteil ist richtig, denn wir sichern die Grundlagen unseres Sozialsystems — die Parole verbreitet, die Union und die Bundesregierung wollten die „Säulen des Sozialstaates“ — so ein Gewerkschaftsflugblatt — einreißen. Und die beabsichtigte Stärkung der Mitbestimmung der einzelnen Mitarbeiter in den Betrieben wird ebenso wahrheitswidrig als Zersplitterung der Gewerkschaftsbewegung diffamiert.

Die führenden DGB-Funktionäre mißachten mit der Zielsetzung ihrer Kampagne auf das gröblichste die Interessen der Arbeitnehmer.

Fast eine Million Mark und die gesamte DGB-Organisation werden von den DGB-Funktionären aufgeboten, um vorhandenes Diffamierungspotential gegen die Bundesregierung zu mobilisieren oder erst zu schaffen. Die Ausdehnung der Kampagne-Themen auf die Abtreibungsproblematik überschreitet eindeutig die Kompetenzen einer Einheitsgewerkschaft. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion sieht in diesem Vorgehen einen Mißbauch der Beiträge von Gewerkschaftsmitgliedern für parteipolitische Propagandazwecke. Eine Vielzahl von Briefen von CDU- und CSU-Mitgliedern im DGB bestärkt uns in dieser Meinung.

Für besonders verwerflich halten wir die offizielle Absicht, die bisher nur zu den Praktiken totalitärer Staaten und Organisationen gehörte, diese Auseinandersetzung bis in die Schulen zu tragen. Der DGB und ein Teil seiner Mitgliedsgewerk-

schaften sind in der Gefahr, immer weniger die Interessen aller Arbeitnehmer in den Betrieben wahrzunehmen und sich statt dessen mehr und mehr vor den Karren der SPD zu spannen.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist gesprächsbereit mit allen gesellschaftlichen Gruppen. Wir sind aber nicht bereit, uns widerspruchslos den rüden und wahrheitswidrigen Angriffen und einer unbegründeten Hetzkampagne des DGB auszusetzen. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat daher in ihrer gestrigen Sitzung einstimmig beschlossen, daß die Abgeordneten Einladungen des DGB zur Teilnahme an Veranstaltungen im Rahmen der sogenannten „Aktionswoche“ nicht Folge leisten werden. Zu sachlichen Gesprächen sind wir jederzeit bereit.

Der DGB hat aus der fehlgeschlagenen und nicht gerechtfertigten Antiregierungskampagne gegen den Paragraphen 116 Arbeitsförderungsgesetz (AFG) nichts gelernt. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion fordert den DGB und die IG Metall auf, ihre Position zur Bundesregierung, aber auch ihr Verhältnis zu den wirklichen wirtschaftlichen und sozialen Gegebenheiten in der Bundesrepublik Deutschland zu überprüfen. Gewerkschaften, die nicht mehr die Realitäten im Auge haben und nur noch in einer dauernden Antihaltung zur Regierung verharren, schaden sich selbst und den von ihr vertretenen Arbeitnehmern. Die Gewerkschaften sollten sich auf die wirklichen Interessen der Arbeitnehmer konzentrieren und nicht das Geschäft einer alternativlosen und in sich zerstrittenen Opposition betreiben.

Wir bitten Sie, den Inhalt dieses Briefes den Mitgliedern des DGB-Vorstandes zur Kenntnis zu bringen. Sie werden Verständnis haben, daß die CDU/CSU-Bundestagsfraktion ihrerseits diesen Brief veröffentlicht.

Pfand auf Getränkeverpackungen aus Kunststoffen

Das Bundeskabinett hat am 13. September 1988 beschlossen, künftig für alle Getränkeverpackungen aus Kunststoffen ein Pfand von 50 Pfennig zu erheben. Gleichzeitig werden Einzelhandel und Hersteller verpflichtet, diese Pfandflaschen zurückzunehmen und wieder zu verwerten. Damit diese Regelung wirksam werden kann, bedarf es jetzt noch der Zustimmung des Bundesrates und der EG-Kommission in Brüssel.

Die „Verordnung über die Rücknahme und Pfanderhebung der Getränkeverpackungen aus Kunststoffen“ gilt für alle Flaschen aus Kunststoffen, darunter auch Verpackungen aus PET mit einem Füllvolumen von 0,2 bis 3 l. Unter diese Verordnung fallen unter anderem Erfrischungsgetränke, Frucht- und Gemüsesäfte, Mineral-, Quell- und Tafelwässer sowie Bier und Wein.

Die Verordnung legt ein Pfand von 50 Pfennig fest. Die gewählte Höhe des Pfandes soll eine möglichst hohe Rücklaufquote gewährleisten. Dabei hat jeder Verbraucher gegenüber dem Verkäufer von Getränken in Kunststoffverpackungen einen Anspruch darauf, daß sein Leergut angenommen und ihm das Pfandgeld zurückgezahlt wird. Den Verkäufer trifft hierbei kein finanzielles Risiko. Denn er besitzt denselben Anspruch auf Auszahlung des Pfandes bei Rückgabe des Leergutes gegenüber Abfüller und Vertreiber. Gleichzeitig schreibt die Verordnung vor, daß die leeren Behältnisse wiederverwertet werden müssen und nicht einfach nur vom Abfüller oder Vertreiber über die Hausmüllentsorgung beseitigt werden dürfen.

Die Verordnung soll sicherstellen, daß beim Einsatz neuer Getränkeverpackungen aus Kunststoffen die Umwelt nicht zusätzlich durch Abfälle aus diesen Verpackungen belastet wird. Leere Kunststoffverpackungen sollen einem Recycling außerhalb der öffentlichen Abfallentsorgung zugeführt werden. Darüber hinaus sollen Möglichkeiten für die Entwicklung und Einführung wiederbefüllbarer Kunststoffverpackungen eröffnet werden.

Die neuen Regelungen können nach der Zustimmung des Bundesrates und der EG in Kraft treten und gültig werden. Lediglich für Produkte, die schon vor dem 1. Dezember 1987 regelmäßig im Verkehr waren, gilt eine Übergangsfrist von einem Jahr, damit sie sich auf die neue Lage einstellen können.

Die Verordnung ist in Brüssel zu notifizieren. Die Bundesregierung erwartet dort keine besonderen Schwierigkeiten, weil die Verordnung sich im Rahmen einer entsprechenden EG-Richtlinie über Verpackungen für flüssige Lebensmittel bewegt. Diese sieht ausdrücklich auch Pfandregelungen als Mittel vor, um Getränkeverpackungen in den Wirtschaftskreislauf zurückzuführen.

Sollte die EG wider Erwarten dennoch Einwände erheben, wird sich das Kabinett noch einmal damit befassen.

Vor der Bundespressekonferenz erklärte dazu Bundesumweltminister **Klaus Töpfer**:

„Durch die ständig ansteigenden Abfallberge droht nunmehr auch im Haushaltbereich ein Entsorgungsnotstand. Es kann daher keineswegs hingenommen werden, wenn diese Situation durch die

Einführung neuer Produkte noch weiter verschärft wird. Vielmehr muß auch die Wirtschaft bei ihren unternehmerischen Entscheidungen umweltpolitische Gesichtspunkte mit einfließen lassen. Die Verantwortung des Unternehmers erstreckt sich bei der Entscheidung über neue Produkte auch auf die Frage, was nach dem Gebrauch des Produktes, also dann, wenn es zu Abfall geworden ist, geschieht.

Wir haben uns in zahlreichen Gesprächen, Briefwechsel und Diskussionen um einvernehmliche Lösungen bemüht. Diese konnten nicht erzielt werden. Auch der jüngste Vorschlag von Coca-Cola bleibt hinter unseren Zielvorstellungen zurück, weil wir eine Recyclingquote von 80 Prozent in kürzester Frist als die von den Unternehmen eingeräumten fünf Jahre erreichen wollen. Im übrigen gilt die Verordnung für alle Kunststoffflaschen, unabhängig davon, wer sie auf den deutschen Markt gebracht hat. Deshalb haben wir die notwendigen gesetzlichen Schritte unternommen.“ ■

Hamburger CDU für härteres Vorgehen in der Hafenstraße

Angesichts der Straftaten von Bewohnern der umstrittenen Hafenstraßen-Häuser im Hamburger Stadtteil St. Pauli und Auseinandersetzungen mit „autonomen Gruppen“ in anderen Vierteln der Stadt hat die Hamburger CDU-Opposition ein schärferes Vorgehen gegen Gewalttäter gefordert. „Es geht prinzipiell um die Frage, wer die Stadt regiert“, sagte Oppositionsführer Hartmut Perschau. In den vergangenen Wochen war es neben Auseinandersetzungen zwischen Hafenstraßen-Bewohnern und Polizei auch in anderen Stadtteilen zu gewalttätigen Protesten gekommen, bei denen „autonome Gruppen“ in Restaurants eindrangen.

Deutlich verbesserter Arbeitsmarkt

Die anhaltend günstige Konjunktur, die durch die Wirtschafts- und Finanzpolitik der Bundesregierung auch 1988 nachhaltig gestärkt wurde, wirkt sich positiv auf den Arbeitsmarkt aus. Die Zahl der Erwerbstätigen steigt weiter an und lag in diesem Sommer mit rund 26,2 Millionen um fast 150 000 über dem entsprechenden Vorjahresniveau; gegenüber dem Stand von Juli 1983 ergibt sich inzwischen ein Plus von über 840 000 neuen Arbeitsplätzen. Zugleich hat sich der Bestand an offenen Stellen im August auf rund 200 000 (+ 13 Prozent gegenüber August 1987) erhöht. Die Zahl der Arbeitslosen ist mit einer Abnahme um 32 200 so stark zurückgegangen wie seit vielen Jahren nicht mehr im August.

Als Erfolg ihrer Politik wertet die Bundesregierung vor allem auch die seit längerem anhaltende Besserung der Ausbildungs- und Arbeitsmarktlage für Jugendliche und den weiteren Rückgang der Kurzarbeit: Die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen unter 20 Jahren ist jetzt um gut ein Fünftel niedriger als vor einem Jahr und auf dem niedrigsten vergleichbaren Stand seit 1980. Die Kurzarbeit hat gegenüber August 1987 um rund ein Viertel abgenommen.

Zitat

„Wir haben die höchsten Löhne, die kürzeste Arbeitszeit und den längsten Urlaub. Wenn das so bleiben soll, wenn wir unseren Wohlstand bewahren wollen, müssen wir bereit sein, Strukturen an die veränderten — und sich verändernden — Bedingungen anzupassen.“ (Helmut Kohl auf dem Gewerkschaftstag der IG Chemie in Karlsruhe)

Aktion Willkommen:

Auch die Kirchen helfen

Die Bundesregierung begrüßt die zum Caritas-Sonntag herausgegebene Stellungnahme des Bischofs von Essen, Franz Kardinal Hengsbach, zur Situation der deutschen Aussiedler aus den Oder-Neiße-Gebieten und den osteuropäischen Staaten. Der eindringliche Appell des katholischen Bischofs an Vereine, Verbände, Gruppen und Familien zur praktischen Hilfe unterstützt in wirkungsvoller Weise das von der Bundesregierung am 31. August 1988 beschlossene Sonderprogramm zur Eingliederung der Aussiedler. Staatliche Maßnahmen müssen nach Ansicht der Bundesregierung durch das Engagement aller für die deutschen Aussiedler ergänzt werden.

Die Bundesregierung stimmt mit dem Bischof überein, daß die Aussiedler uns auch — neben dem vielfältigen sonstigen Gewinn — kulturell und menschlich bereichern. Sie unterstützt den Appell an jedermann, bei der Integration der deutschen Aussiedler zu helfen und zu seiner „persönlichen Sache“ zu machen. Die Bundesregierung ist entschlossen, das Sonderprogramm für Aussiedler zügig umzusetzen.

Der Bundeskanzler wird die Kirchen bereits im Herbst einladen, um über deren Beiträge zur Eingliederung der Aussiedler zu beraten.

Für den rheinland-pfälzischen Staatsminister und Vorsitzenden des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU, Albrecht Martin, haben nicht nur die Politiker, sondern auch die Kirchen allen Grund, über die Aussiedlerproblematik nachzudenken. Für viele Deutsche — zum Beispiel in Rumänien — bedeute die

Übersiedlung die letzte Rettung aus unwürdigen und unerträglichen Verhältnissen. Albrecht Martin hält es für legitim, bei den Aussiedlern nach dem Grundsatz zu verfahren, daß der Nächste der Nächste und nicht der Fernste der Erste ist. Dies bedeutet keine Abwertung der notwendigen Hilfe für die Dritte Welt. Doch müßten im akuten Fall einer großen Einwanderungswelle Mittel und Maßnahmen konzentriert werden. Dies könnte am besten vor Ort geschehen.

Der Evangelische Arbeitskreis bemühe sich in diesem Sinne, alle Kräfte zu mobilisieren, um vor allem Aussiedlerfrauen und Jugendlichen zu helfen. Dazu gehöre auch, den Zeitaufwand bei Behörden zu verkürzen, der durchschnittlich gerechnet insgesamt dreizehn Formularstunden betrage, in Einzelfällen aber auch länger sein könne.

„Öffnen wir den Aussiedlern unsere Herzen und Türen“ — Unter diesem Motto steht ein Acht-Punkte-Katalog zur Aussiedlerpolitik, den das **hessische CDU-Präsidium** verabschiedet hat. Angesichts der erheblich steigenden Aussiedlerzahlen werden unter anderem neue, spezifische Umschulungs- und Qualifizierungsprogramme der Bundesanstalt für Arbeit gefordert.

Bis jetzt 128.000 Aussiedler

Von Januar bis Ende August 1988 sind 128.000 deutsche Aussiedler in die Bundesrepublik Deutschland gekommen — davon allein im August über 25.000. Die weit überwiegende Zahl, über 72.000, kam aus dem polnischen Bereich, über 25.000 kamen aus der Sowjetunion.

Rudolf Seiters:

Mit neuem Schwung in die zweite Halbzeit

Wir befinden uns derzeit in der entscheidenden Gesetzgebungsphase dieser Legislaturperiode. Wir haben es zu tun mit einer Häufung großer Reformvorhaben, wie der Kostendämpfung im Gesundheitswesen, der Sicherung der Rentenfinanzen über das Jahr 2000 hinaus, der Umgestaltung der Post zu einem modernen Dienstleistungsunternehmen. Diese Reformen sind zur Zukunftssicherung unseres Landes, auch des Industriestandortes Bundesrepublik Deutschland, unabweisbar.

Sie sind teilweise unpopulär, weil sie Eingriffe in liebgewordene, aber nicht mehr zu rechtfertigende Besitzstände unumgänglich machen. Wir stehen auch unter Zeitdruck, weil die von der SPD geführte Vorgängerregierung die Lösung aller strukturell notwendigen Reformen auf die lange Bank geschoben hat. Diese Reformen, die Abstimmungsprozesse in der Koalition und die Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner verbrauchen viel Kraft und erfordern ein hohes Maß an Disziplin aller in der Koalition.

Wir wollen eine ganz enge Abstimmung und Verklammerung zwischen der Fraktion und der Bundesregierung ebenso sicherstellen wie die Möglichkeit einer intensiven und ausführlichen Diskussion der Fraktion. In der ersten Klausursitzung wurde ausführlich über die Haushalts- und Finanzpolitik sowie über den Stand der Rentenreform diskutiert, danach stand die Postreform auf der Tagesordnung der Fraktionssitzung, und zuletzt das Gesundheitsstrukturgesetz. Wir sind uns klar darüber, daß die Bürger auf unsere politischen Entscheidungen vorbereitet werden müssen. Das kostet Zeit und Geduld, weil wir komplizierte Zusammenhänge intensiv zu erläutern und die Notwendigkeit unserer Entscheidungen zu begründen haben. Wir stehen ja etwa bei der Gesundheitsreform nicht vor der Alternative Handeln oder Nichtstun, sondern angesichts der Beitrags- und Kostenexplosion vor der Alternative Reform oder Ruin. Wir handeln bei der Gesundheitsreform nicht im Auftrag von Interessenverbänden, sondern aus Verantwortung für unser Land und unsere Bürger im Sinne einer richtig verstandenen Zukunftssicherung. Ähnliches gilt für die Sicherung der Renten, für die Modernisierung der Post und für die immer dramatischer werdende Entsorgungsfrage bei Müll und Sondermüll in unserer hochindustrialisierten Gesellschaft.

Es ist erforderlich, immer wieder den Gesamtzusammenhang unserer Politik herauszustellen und den Gesamtrahmen unserer Reformen. Bei all diesen Reformen spüren wir den Widerspruch zwischen Allgemeinwohl und Gruppeninteressen. Nur wenn wir die übergeordneten Themen in den Vordergrund stellen, haben wir eine Chance das Allgemeinwohl gegen diese Gruppeninteressen durchzusetzen.

Sonst werden kleine Streithemen aufgebauscht wie in einem Brennpunkt. Das bedeutet auch, immer erneut die Ziele und Werte deutlich zu machen, für die wir angetreten sind und für die wir Politik machen, z.B. für die feste Verankerung der Bundesrepublik Deutschland im westlichen Bündnis, für Abrüstung in Sicherheit, für die Unverfügbarkeit des menschlichen Lebens, die Konsolidierung der Staatsfinanzen, für die Stärkung der Leistungsbereitschaft der Bürger, für die Zurückführung des Staatsanteils, für eine solide Haushaltspolitik, für ein familien- und kinderfreundliches Klima in unserer Gesellschaft; und immer wieder erneut auch der Hinweis auf den Europäischen Binnenmarkt 1992 mit seinen Chancen und Risiken, auf den wir vorbereitet sein müssen.

Der Bürger hat in diesem Zusammenhang einen Anspruch darauf, die Alternativen zu kennen:

- Eine Regierung, die die dringend notwendigen strukturellen Maßnahmen anpackt und die die zwei zentralen Herausforderungen des nächsten Jahrzehnts annimmt:
 - die wirtschaftlichen Herausforderungen, vor allem auch mit Blick auf die Vollendung des Europäischen Binnenmarktes bis Ende 1992,
 - die demographischen Herausforderungen, bei denen es um so unterschiedliche Fragen wie Alterssicherung, Bildungswesen, Wohnungsmarkt oder die Personalstärke der Bundeswehr geht,
- gegen eine SPD, die verantwortlich ist für strukturelle Verwerfungen in Wirtschaft und Gesellschaft, die auch heute bei notwendigen Reformen Antworten überall dort verweigert, wo sie denn möglicherweise unpopulär sein könnten, und deren Bundesparteitag in Münster unter Beweis gestellt hat, daß die SPD weder in der Wirtschafts- noch in der Energiepolitik über eine vernünftige Alternative verfügt.

Wir müssen das parteipolitische Profil klar herausarbeiten, gleichzeitig aber Verlässlichkeit in der Koalition demonstrieren. Das bedeutet, konsequent in der Gesetzgebungsarbeit das durchsetzen, was wir uns in der Koalitionsvereinbarung vorgenommen haben — im Wissen darum, daß eine Koalitionsvereinbarung kein Parteiprogramm ist und daß in dieser Koalitionsvereinbarung Punkte stehen, an denen die einzelnen Partner der Koalition ein unterschiedliches Interesse haben. Dieses Spannungsverhältnis müssen wir ertragen und loyal und diszipliniert damit umgehen.

Zu diesen Punkten gehören von unserer Seite z.B. das Beratungsgesetz zum Schutz des ungeborenen Lebens, dazu gehört das Kartellgesetz zum Schutz von Handel und Mittelstand gegen Wettbewerbsverzerrungen, dazu gehören die Maßnahmen zur Entbürokratisierung und Privatisierung, dazu gehört der Umweltschutz, aber auch das Feld der inneren Sicherheit, der Asylgesetzgebung, der Ausländergesetzgebung. Die Wende ist nicht steckengeblieben. Das können wir am besten durch eine konsequente, loyale und zügige Verwirklichung der Koalitionsvereinbarung deutlich machen. Davon werden alle Partner profitieren.

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
5300 BONN 1



Helmut Kohl

Der Kanzler
stärkt Frieden
und Sicherheit

Wirtschaft auf vollen Touren

Super '88

CDU
extra

**Deutsche
Mode
in der
Welt
begehrt**



Die Wirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland steht in diesem Jahr vor neuen Rekorden.

Drei Prozent Wachstum erwartet.

Erste positive Wirkungen der Steuerreform. Bundesbürger sorgen für Umsatzplus im Einzelhandel bei weiter stabilen Preisen

Damit haben selbst die Fachleute nicht gerechnet. Die Wirtschaft in der Bundesrepublik

Bestell-Nr.: 2099, Mindestabn.: 250 Expl., Preis pro Mindestabn.: 25,— DM + MwSt.
Bestellungen an: IS-Versandzentrum, Postfach 1328, 4804 Versmold

UID

30/1988

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, **Redaktion:** Rolf Streubel, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 23 40 91, **Vertrieb:** Telefon (02 28) 544-421, **Verlagsleitung:** Dr. Uwe Lüthje, **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 504 152 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr. 2214 31-502 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 48,— DM. Einzelpreis 1,20 DM. **Herstellung:** VVA, Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.